

Statuten

der

Aktiengesellschaft Elektrische Strassenbahn St. Gallen-Speicher-Trogen.

I. Firma, Zweck und Sitz der Gesellschaft.

§ 1.

Unter der Firma „Elektrische Strassenbahn St. Gallen-Speicher-Trogen“ wird eine Aktiengesellschaft gebildet zum Zwecke des Baues und Betriebes der gleichnamigen Strassenbahn nach Massgabe der Konzession, welche von den Kantonen St. Gallen und Appenzell A. Rh. am 16. Mai 1899, von der Stadt St. Gallen am 18. Mai 1899 und von der Bundesversammlung mit Bundesbeschluss vom 6. Oktober 1899 erteilt wurde.

Vorbehältlich der Genehmigung durch die Bundesbehörden kann die Gesellschaft fernere Linien erwerben, bauen, miethen und betreiben, sowie Installationen für Betriebskraft oder für Abgabe von elektrischer Energie an Dritte errichten, oder sich an solchen Unternehmungen betheiligen.

§ 2.

Die Gesellschaft hat ihren Sitz in Trogen. Ihre Dauer beträgt 50 Jahre vom Datum der Bundeskonzession (6. Oktober 1899) an gerechnet. Mittelst Einwilligung der zuständigen Behörden und durch Beschluss der Generalversammlung kann die Dauer der Gesellschaft verlängert werden.

§ 3.

Die Aktiengesellschaft übernimmt alle Rechte und Pflichten gemäss der zu ihren Händen erworbenen Konzession.

Sie vergütet den Konzessionsbewerbern die für die Vorarbeiten erwachsenen Auslagen im Gesamtbetrage von Fr.

II. Gesellschaftskapital, Aktien und Aktionäre.

§ 4.

Das Aktien-Grundkapital beträgt 500,000 Franken und ist eingetheilt in 1000 auf den Inhaber lautende Aktien zu je 500 Fr. Die Aktien sind untheilbar; die Gesellschaft anerkennt nur einen Inhaber auf jede Aktie.

§ 5.

Das Aktienkapital wird zunächst mit 25 % einbezahlt; weitere Einzahlungen werden durch den Verwaltungsrath unter Innehaltung einer Frist von wenigstens 4 Wochen angeordnet. Wenn ein Zeichner bezw. Aktionär trotz dreimaliger nach den Vorschriften des Art. 635 des O.-R. erlassenen

Aufforderung seine Einzahlung bis zum publizierten Schlusstermin nicht geleistet hat, so hat er 5 % Verzugszinsen zu bezahlen und kann durch den Verwaltungsrat auf seinen Verpflichtungsschein für die Einzahlung, bezw. für die rückständigen Beträge sammt Zinsen belangt werden. Ebenso kann er durch den Verwaltungsrath der Anrechte an der Zeichnung und allfällig geleisteter Theilzahlungen zu Gunsten der Gesellschaft verlustig erklärt werden. An Stelle der auf solche Weise ausfallenden Aktien werden neue ausgegeben.

Die Zeichnung oder der Besitz einer oder mehrerer Aktien schliesst die Anerkennung der Gesellschaftsstatuten sowie allfälliger durch die Generalversammlung gesetzmässig beschlossener oder durch die kompetenten Behörden vorgeschriebenen Modifikationen oder Ergänzungen derselben in sich.

§ 6.

Solange die Aktien nicht vollständig einbezahlt sind, vertreten auf den Namen lautende Interimsscheine deren Stelle: auf denselben werden die vollzogenen Einzahlungen quittirt.

§ 7.

Die auf das Aktienkapital geleisteten Einzahlungen erhalten vom Beginn der effektiven Bauarbeiten an bis zur Betriebseröffnung der Bahn Bauzinsen zu 4 % per Jahr.

§ 8.

Behufs Beschaffung der zur Erreichung des Gesellschaftszweckes über das Aktienkapital hinaus erforderlichen Geldmittel kann die Gesellschaft Anleihen durch Ausgabe von Obligationen oder auf andere Weise kontrahiren.

III. Organisation.

§ 9.

Die Organe der Gesellschaft sind:

- A. Die Generalversammlung der Aktionäre.
- B. Die Verwaltung.
- C. Die Kontrollstelle.

A. Generalversammlung.

§ 10.

Die ordentliche Generalversammlung der Aktionäre findet auf Einberufung durch den Verwaltungsrath jährlich einmal innerhalb sechs Monaten nach Schluss des Geschäftsjahres statt.

Ausserordentliche Generalversammlungen werden einberufen:

1. auf Beschluss der Generalversammlung;
2. auf Beschluss des Verwaltungsrathes;
3. auf Begehren der Kontrollstelle, welches diese dem Verwaltungsrathe unter schriftlicher Motivirung einzureichen hat;
4. auf Begehren eines oder mehrerer Aktionäre, wenn die Erfordernisse des Art. 645 des O. R. zutreffen;
5. in dem in Art. 657 des O. R. vorgesehenen Fall.

§ 11.

Die Einberufung einer ordentlichen oder ausserordentlichen Generalversammlung erfolgt in der Regel durch den Verwaltungsrath. Dieser bezeichnet den Ort und die Zeit ihres Zusammentrittes. Die Einladung zu der Generalversammlung soll wenigstens 14 Tage vorher in den Publikationsorganen der Gesellschaft unter Angabe der Tagesordnung öffentlich bekannt gegeben werden.

Behufs Theilnahme an den Generalversammlungen ist der Ausweis über den Aktienbesitz in der vom Verwaltungsrathe in der Einladung zu bezeichnenden Weise und bei den gleichzeitig zu bezeichnenden Stellen spätestens drei Tage vor der Generalversammlung zu erbringen. Nach erfolgtem Ausweise erhalten die Aktienbesitzer bei den Ausweisstellen die erforderliche auf den Namen gestellte Zutrittskarte.

§ 12.

Den Vorsitz in der Generalversammlung führt der Präsident oder Vizepräsident des Verwaltungsrathes. Der Protokollführer wird vom Verwaltungsrathe bezeichnet. Die Stimmzähler werden in offener Abstimmung gewählt. Die Protokolle der Generalversammlung sind vom Präsidenten, dem Protokollführer und den Stimmzählern zu unterzeichnen.

§ 13.

Die Aktionäre üben ihr Stimmrecht in der Generalversammlung nach Verhältniss der Zahl der in ihrem Besitz befindlichen Aktien aus; jede Aktie berechtigt zu einer Stimme, jedoch mit der in Art. 640 des O.-R. vorgeschriebenen Einschränkung. Ein Aktionär kann sich bei einer Generalversammlung nur durch einen anderen mit Vollmacht versehenen Aktionär vertreten lassen.

§ 14.

Die Generalversammlung fasst ihre Beschlüsse und vollzieht ihre Wahlen mit absoluter Mehrheit der vertretenen Stimmen, soweit die Statuten und das Gesetz nichts Gegentheiliges bestimmen. Bei Gleichheit der Stimmen entscheidet der Vorsitzende.

Die Generalversammlung ist beschlussfähig ohne Rücksicht auf die Zahl der vertretenen Aktien oder der anwesenden Aktionäre. Handelt es sich jedoch um:

1. Abänderung oder Ergänzung der Statuten,
2. Veränderung des Aktienkapitals,
3. Auflösung und Liquidation der Gesellschaft,
4. Fusion der Gesellschaft mit einer anderen,

so ist zur Beschlussfähigkeit der Versammlung für die Fälle 1 und 2 die Vertretung von mindestens der Hälfte, für die Fälle 3 und 4 die Vertretung von zwei Dritttheilen der ausgegebenen Aktien erforderlich. Kommt eine im vorstehenden Sinne beschlussfähige Versammlung auf die ergangene Einladung hin nicht zu Stande, so soll sofort eine zweite Versammlung einberufen werden, welche ihre Beschlüsse ohne Rücksicht auf die Zahl der vertretenen Aktien fasst.

§ 15.

Die Abstimmungen an der Generalversammlung können, abgesehen von der Wahl des Verwaltungsrathes, welche immer geheim stattzufinden hat, offen stattfinden, sofern nicht von Aktionären, welche zusammen wenigstens über ein Viertel der in der Versammlung vertretenen Aktien verfügen, geheimes Verfahren verlangt wird.

§ 16.

In die Kompetenz der Generalversammlung fallen:

- a) die Prüfung und Genehmigung des ihr vom Verwaltungsrath vorgelegten Geschäftsberichtes, der Jahresrechnung und der Bilanz, und die Entlastung des Verwaltungsrathes nach Anhörung des Berichtes der Rechnungsrevisoren;
- b) die Beschlussfassung über die Verwendung des Jahresertrages;
- c) die Wahl der Mitglieder des Verwaltungsrathes (unter Vorbehalt der Bestimmung des § 18);
- d) die Wahl der 2 Rechnungsrevisoren und der 2 Ersatzmänner, sowie Festsetzung ihrer Entschädigung;
- e) die Beschlussfassung über die Anträge des Verwaltungsrathes oder einzelner Aktionäre, über Abänderung oder Ergänzung der Statuten, Veränderung des Aktienkapitals, Aufnahme von Anleihen über 50,000 Fr., Auflösung und Liquidation der Gesellschaft oder Fusion derselben mit einer anderen;
- f) die Beschlussfassung über alle anderen, ihr durch gesetzliche oder statutarische Bestimmung vorbehaltenen Gegenstände.

§ 17.

Jeder Aktionär ist berechtigt, über Gegenstände, deren Entscheid der Generalversammlung zukommt, Motionen zu stellen, solche sind jedoch spätestens drei Wochen vor der Versammlung dem Verwaltungsrathe schriftlich einzureichen, um in die Tagesordnung der Generalversammlung aufgenommen werden zu können. In der Generalversammlung selbst hat jeder Aktionär das Recht, zu allen Gegenständen, welche der Verwaltungsrath von sich aus oder veranlasst durch eine eingebrachte Motion der Versammlung zur Verhandlung vorlegt, Abänderungsanträge zu stellen.

B. Die Verwaltung.

§ 18.

Die oberste Leitung der Gesellschaft wird einem Verwaltungsrath von 11 Mitgliedern übertragen, welche von der Generalversammlung gewählt werden.

Die Amtsdauer der Mitglieder des Verwaltungsrathes beträgt drei Jahre. Dieselben sind wieder wählbar.

In den ersten, vorläufigen Verwaltungsrath wählen die Gemeindeversammlungen Speicher und Trogen je 5 Delegirte und diese den fachmännischen Leiter.

§ 19.

Jedes von der Generalversammlung gewählte Mitglied des Verwaltungsrathes hat zwei Gesellschafts-Aktien mit deren Coupons bei der Gesellschaft zu deponiren.

§ 20.

Der Verwaltungsrath wählt aus seinen Mitgliedern den Präsidenten und Vizepräsidenten auf die Dauer von einem Jahr mit steter Wiederwählbarkeit und bestellt einen Protokollführer. Er versammelt sich so oft es die Geschäfte erfordern, auf die Einladung seines Präsidenten oder Vizepräsidenten, oder so oft drei seiner Mitglieder oder die Direktion dies begehren. Zur gültigen Beschlussfassung ist die Anwesenheit eines Vorsitzenden und der Hälfte der weiteren Mitglieder erforderlich. Ueber die Verhandlungen wird ein Protokoll geführt, dessen Richtigkeit vom Präsidenten, dem Protokollführer und einem weiteren Mitgliede zu bescheinigen ist. Bei den Abstimmungen des Verwaltungsrathes entscheidet die einfache Stimmenmehrheit, eventuell unter Stichentscheidung des Präsidenten. Die Mitglieder des Verwaltungsrathes beziehen ein Sitzungsgeld von 5 Fr., zuzüglich ihrer Reisespesen. Entschädigungen für besondere Bemühungen, Arbeiten oder Dienstleistungen werden vom Verwaltungsrathe festgesetzt.

§ 21.

In die Kompetenz des Verwaltungsrathes fallen:

- a) Wahl der Mitglieder der Direktion (s. § 23).
- b) Wahl und Entlassung des Betriebschefs, sowie von Angestellten, deren Gehalt den Betrag von 3000 Fr. per Jahr übersteigt.
- c) Beschlussfassung über Bauten und Anschaffungen von Material, welche einzeln oder zusammen eine jeweilige Ausgabe von 5000 bis 50,000 Franken bedingen.
- d) Beschlussfassung über die Aufnahme von Anleihen bis zum Betrage von 50,000 Fr.
- e) Ueberwachung der ganzen Geschäftsführung nach Massgabe der Statuten und Reglemente.
- f) Bestimmung der Taxen und Genehmigung der Fahrpläne.
- g) Berathung des von der Direktion entworfenen Geschäftsberichtes, sowie Vorbereitung aller übrigen der Generalversammlung zu machenden Vorlagen.
- h) Beschlussfassung über alle übrigen nicht ausdrücklich durch das Gesetz oder diese Statuten der Generalversammlung vorbehaltenen oder sonst geregelten Angelegenheiten der Gesellschaft.

§ 22.

Der Verwaltungsrath vertritt die Gesellschaft gerichtlich und aussergerichtlich und bezeichnet diejenigen Personen, denen die rechtsverbindliche Unterschrift für die Gesellschaft zusteht; er bezeichnet ferner die Art der Zeichnung.

§ 23.

Die *Direktion* besteht aus drei Mitgliedern des Verwaltungsrathes. Der letztere wählt dieselben, ebenso wie drei Ersatzmänner, erstmals auf die Dauer von zwei Jahren unter steter Wiederwählbarkeit. Der Verwaltungsrath bezeichnet eines der Mitglieder der Direktion als deren Präsidenten und setzt allfällige Entschädigungen an die Mitglieder der Direktion, sowie die besondere Entschädigung des Direktionspräsidenten als fachmännischen Bauleiter vom Zeitpunkt des Inkrafttretens der Gesellschaft bis zur Betriebseröffnung fest.

Die Direktion versammelt sich auf die Einladung ihres Präsidenten oder auf Verlangen eines Mitgliedes derselben. Ueber die Verhandlungen ist ein Protokoll zu führen, zu welchem letztem Zwecke ein Bureaubeamter der Gesellschaft bestimmt wird.

§ 24.

In die Kompetenz der Direktion fallen:

- a) Die Leitung des Bahnbaues, der Betrieb und Unterhalt der Bahn, sowie überhaupt die Leitung der ganzen Unternehmung, unter genauer Beachtung der Beschlüsse des Verwaltungsrathes und unter dessen Oberaufsicht;
- b) Vorbereitung aller Vorlagen an den Verwaltungsrath und namentlich auch der Geschäftsordnung und der erforderlichen Reglemente;
- c) Wahl und Entlassung aller Angestellten, soweit deren Gehalt den Betrag von 3000 Fr. nicht überschreitet;
- d) Erstellung von Bauten, sowie Anschaffungen von Material, welche eine jeweilige Ausgabe von 5000 Fr. nicht übersteigen;
- e) Aufstellung der jeweilen auf den 31. Dezember abzuschliessenden Jahresrechnung nebst Bilanz und Geschäftsbericht, zu Händen des Verwaltungsrathes;
- f) alle Anordnungen, welche innerhalb der statutarischen Grenzen zur Erreichung des Gesellschaftszweckes erforderlich sind, soweit diese Anordnungen nicht in die Kompetenzen der Generalversammlung (§ 16) oder des Verwaltungsrathes (§ 21) fallen.

§ 25.

Der *Betriebschef* hat in den Sitzungen der Direktion beratende Stimme. Er vollzieht die Beschlüsse des Verwaltungsrathes und der Direktion und hat seine Zeit ausschliesslich dem Unternehmen zu widmen. Seine Besoldung, Amtsdauer und die von ihm zu leistende Kautions werden durch Vertrag, seine Kompetenzen und Pflichten durch besonderes vom Verwaltungsrath zu erlassendes Reglement festgesetzt.

C. Die Kontrollstelle.

§ 26.

Die ordentliche Generalversammlung bezeichnet alljährlich für das laufende Rechnungsjahr zwei Rechnungsrevisoren und zwei Ersatzmänner, welche nicht Aktionäre zu sein brauchen. Dieselben haben die vom Verwaltungsrathe vorzulegende Bilanz und die Jahresrechnung zu prüfen und über deren Befund dem Verwaltungsrathe zu Händen der Generalversammlung, wenigstens 3 Wochen vor der ordentlichen Generalversammlung, einen schriftlichen Bericht und Antrag einzureichen. Es steht ihnen zu diesem Zwecke jederzeit die Einsichtnahme aller Bücher und Protokolle, die Prüfung der Belege, sowie die Kontrolle des Kassabestandes, der Depositen und der Kautionen zu.

IV. Rechnungsabschluss, Erneuerungsfond, Reserve- und Amortisationsfond, Dividende.

§ 27.

Die Jahresrechnung und die Bilanz der Gesellschaft sind auf den 31. Dezember jeden Jahres nach den einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen abzuschliessen.

Falls der Zweck der Gesellschaft auf nicht zum Bau und Betrieb der Bahn und zu Kraftlieferung gehörige Installationen ausgedehnt wird, ist für die Bahn eine besondere Rechnung zu führen.

§ 28.

Der Ueberschuss der Betriebseinnahmen über die Betriebsausgaben, Anleihezinsen und sämtliche andere Lasten, Einlagen in den Erneuerungsfond und den Reserve- und Amortisationsfond bildet den Reinertrag.

Für die einer wesentlichen Abnützung unterworfenen Anlage und Einrichtungen, als: Oberbau, Rollmaterial, Mobiliar und Geräthschaften wird ein Erneuerungsfond angelegt. Die Bestimmungen über die jährlichen Einlagen in den Fond, sowie über die Beanspruchung desselben werden in einem besondern, vom Bundesrath zu genehmigenden Reglement niedergelegt.

Der statutarische Reserve- und Amortisationsfond dient zur Bestreitung ausserordentlicher Ausgaben, sowie zu Abschreibungen und zur Deckung von allfälligen Verlusten. Diesem Fond ist alljährlich eine Summe von nicht weniger als Fr. 1000 und nicht mehr als Fr. 4000 gutzuschreiben.

Diesen beiden Fonds werden keine Zinsen gutgeschrieben. Die Fonds sind in soliden Werthtiteln anzulegen.

V. Publikations-Organe der Gesellschaft.

§ 29.

Als offizielle Publikations-Organe der Gesellschaft werden das „Schweizerische Handels-Amtsblatt“, das „Tagblatt der Stadt St. Gallen“ und die „Appenzeller Landes-Zeitung“ bezeichnet. Es bleibt dem Verwaltungsrath vorbehalten, weitere Publikationsorgane zu bezeichnen. Gegenüber Einladungen, Anzeigen, Aufforderungen und anderen Bekanntmachungen, welche in den offiziellen Publikations-Organen der Gesellschaft erfolgt sind, kann die Einrede der Nichtkenntniss nicht gemacht werden.

VI. Streitigkeiten.

§ 30.

Alle Rechtsstreitigkeiten zwischen der Gesellschaft und ihren Organen oder zwischen diesen unter sich oder endlich zwischen der Gesellschaft oder ihren Organen und einzelnen Aktionären über Fragen, welche die Angelegenheiten der Gesellschaft betreffen, werden abschliesslich durch ein Schiedsgericht ausgetragen. Jede Partei wählt 2 Schiedsrichter; diese Letztern bezeichnen den Obmann. Können sie sich über die Wahl eines solchen nicht einigen, so ist der Präsident des schweizerischen Bundesgerichts um die Bezeichnung des Obmanns zu ersuchen.

Auswärtige Aktionäre oder Gesellschaftsorgane, welche bei einem Rechtsstreit der vorliegenden Art betheiligt sind, haben Rechtsdomizil im Kanton Appenzell zu nehmen.

Schlussartikel.

Gegenwärtige Statuten treten nach erfolgter Genehmigung durch den Bundesrath in Kraft.

